

Bericht über die AGBR¹-Konferenz vom 8. bis 10. November 2006 in Braunschweig

An der AGBR-Konferenz im Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung (HZI, ehemals GBF) nahmen 42 Betriebs- und Personalräte aus Einrichtungen der Fraunhofer, der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz- und der Leibniz-Gemeinschaft und der Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften teil.

Der wissenschaftliche Geschäftsführer des HZI, Prof. Balling, betonte nach der Begrüßung der Konferenzteilnehmer, dass die Stärkung konkreter säulenübergreifender Allianzen in der außeruniversitären Forschung überfällig sei. Vorstellungen, außeruniversitäre Einrichtungen in die Universitäten einzugliedern, verwarf er und forderte diesbezüglich zu einer differenzierten Betrachtungsweise auf. Er sieht neue Herausforderungen auf das HZI zukommen, wie z.B. die systembiologische Modellierung. Grundsätzlich sei es wichtig, die Akzeptanz von Wissenschaft und Forschung in Deutschland insgesamt zu erhöhen.

Der Präsident der HGF, Prof. Mlynek, stellte in den Mittelpunkt seiner Darlegungen die Überzeugung, dass die Säulenbildung im deutschen Wissenschaftssystem im Sinne von Pfeilern als Stärke begriffen werden muss. Das Entwicklungspotential müsse in Richtung Kooperation und Vernetzung ausgeschöpft werden. Außerdem hält er einen neuen Anlauf zur Verbesserung der Tarifsituation im Wissenschaftsbereich für notwendig und regt Pilotvorhaben in der außeruniversitären Forschung an.

Prof. Meyer-Krahmer, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, hob die Innovationspolitik der Bundesregierung als ganzheitlichen Brückenschlag zwischen grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung hervor. Er erläuterte die ministerienübergreifende Forschungspolitik der Regierung am Beispiel der Energieforschung.

Sowohl Prof. Mlynek als auch Staatssekretär Meyer-Krahmer äußerten ihre Bedenken gegen die Praxis zu kurzer, aufeinander folgender Zeitverträge. Sie plädierten für ausreichend lange Beschäftigungsphasen (mindestens 5 Jahre) und Karriereperspektiven insbesondere für Beschäftigte der Altersgruppe 30 bis 40. Die anwesenden Betriebs- und Personalräte begrüßten die Aussage von Prof. Meyer-Krahmer, dass sich die Exzellenz einer Einrichtung auch durch qualifizierte Personalentwicklung auszeichnet.

Die AGBR-Konferenz ist der Auffassung, dass der unbefristete Arbeitsvertrag die Regel sein muss.

Angesichts der bevorstehenden Empfehlung des Wissenschaftsrates zur Neuordnung der wehrtechnischen Forschung bekräftigt die AGBR-Konferenz ihre Position, dass die Eigenständigkeit der FGAN zu sichern ist. Die Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung soll in ihrer gegenwärtigen Form beibehalten werden.

Die AGBR-Konferenz kritisiert den Umgang mit den Beschäftigten der Forschungseinrichtung caesar in Bonn und fordert von den Verantwortlichen die Entwicklung einer fairen Kultur der Veränderung bei Umstrukturierungen.

Die AGBR-Konferenz hält die Entwicklung von Leitlinien für Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte für den europäischen Forschungsraum für erforderlich und verweist auf entsprechende Aufgabenstellungen im Koalitionsvertrag zur Weiterentwicklung der Mitbestimmung und auf Aussagen in Richtlinien des Europäischen Parlaments. Sie spricht sich dafür aus, die Empfehlungen der Europäischen Kommission über die Charta für Forscher in der außeruniversitären Forschung umzusetzen.

¹ Die Arbeitsgemeinschaft der Betriebs- und Personalräte der außeruniversitären Forschungseinrichtungen – Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), Max-Planck-Gesellschaft (MPG), Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) und Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften (FGAN) – vertritt etwa 62 000 Beschäftigte in Forschung und Entwicklung